

ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ    PARLAMENTO EUROPEO    EVROPSKÝ PARLAMENT    EUROPA-PARLAMENTET  
EUROPÄISCHES PARLAMENT    EUROOPA PARLAMENT    ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ    EUROPEAN PARLIAMENT  
PARLEMENT EUROPÉEN    PARLAIMINT NA HEORPA    EUROPSKI PARLAMENT    PARLAMENTO EUROPEO  
EIROPAS PARLAMENTS    EUROPOS PARLAMENTAS    EURÓPAI PARLAMENT    IL-PARLAMENT EWROPEW  
EUROPEES PARLEMENT    PARLAMENT EUROPEJSKI    PARLAMENTO EUROPEU    PARLAMENTUL EUROPEAN  
EURÓPSKY PARLAMENT    EVROPSKI PARLAMENT    EUROOPAN PARLAMENTTI    EUROPAPARLAMENTET

**Klaus Buchner**

Europäisches Parlament ASP 04E205,  
Wiertzstr. 60, 1047 Brüssel, Belgien

An:

Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten &  
Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

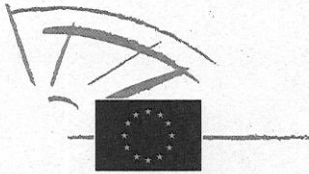
25. Mai 2016

Sehr geehrter Minister Steinmeier,  
sehr geehrter Minister de Maizière,

in diesem Schreiben möchten wir Ihnen unsere aufrichtige Anerkennung für den verantwortungsvollen Standpunkt der Bundesregierung bezüglich des Konflikts in der Westsahara verdeutlichen. Gegenwärtige Ereignisse in diesem langwierigen Konflikt haben besondere Bedeutung für das Volk der Sahrauis. Konkret schreiben wir Ihnen bezüglich der Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 10. Dezember 2015 über den europäischen Handel von Waren aus der Region Westsahara, welche unter marokkanischer Besatzung steht. (Fall T-512-12 Front Polisario gegen Europäischer Rat).

Wir sind über Berichte marokkanischer Medien besorgt, die darlegen, dass die Bundesregierung in den Berufungsprozess, welcher vom Rat der Europäischen Union zu dem oben genannten Fall eingeleitet wurde, dem Antrag auf Berufung beitreten möchte. Wie Sie wissen hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Marokko Landwirtschaftsvereinbarung in seiner Anwendung auf die Westsahara aufgehoben. Diese Annullierung hat, vorbehaltlich einer Berufung, über die voraussichtlich Ende 2016 verhandelt wird, Bestand.

Das Gericht befand, dass Marokko keine Souveränität über das Gebiet der Westsahara hat und dass es kein internationales Mandat hat, dieses Gebiet zu verwalten. Die Entscheidung spiegelt die Entscheidung des spanischen Gerichtes *Audiencia Nacional* vom 4. Juli 2014 wider, die bestätigt, dass Spanien und nicht Marokko, die Verwaltungsmacht über die Westsahara ist und dass das "Gebiet nicht als marokkanisch betrachtet werden kann". Dementsprechend bleiben die Grundsätze des Internationalen Gerichtshofs, welche es in seinen Gutachten zur Westsahara im Jahr 1975 festlegte, unverändert:



**Klaus Buchner**

Europäisches Parlament ASP 04E205,  
Wiertzstr. 60, 1047 Brüssel, Belgien

Marokko hat keine Souveränität über die Westsahara und das Volk der Sahrauis muss frei in der Ausübung seiner Selbstbestimmung sein.

Marokkanische Medien behaupten, dass Sie, Herr Minister de Maizière, am 29. Februar 2016, die Absicht klar gemacht haben bei Ihrem marokkanischen Amtskollegen, Mohamed Hassad, dagegen zu intervenieren. [Siehe: AgriMaroc "L'Allemagne soutient le Maroc au sujet de l'Accord Agricole", 1. März 2016]

Deutschland hat, neben der EU und ihren anderen Mitgliedstaaten, stets die Bemühungen der Vereinten Nationen in der Westsahara unterstützt, welche eine Lösung des Konflikts auf Grundlage des Rechts auf Selbstbestimmung des Sahraui Volkes anstrebt. Infolgedessen finden wir die oben genannten Anschuldigungen der marokkanischen Medien extrem überraschend.

Deswegen fragen wir hiermit die Bundesregierung, ob sie gedenkt in das Einspruchsverfahren in der Rechtssache T-512-12 einzugreifen und - wenn ja – bitten wir um eine Darstellung der Gründe einer Intervention und der Position, welche die Bundesregierung hier einnimmt.

Darüber hinaus möchten wir uns nach dem aktuellen Stand der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem besetzten Teil der Westsahara erkundigen. Wir bitten um Auskunft darüber, welche Maßnahmen die deutschen Behörden getroffen haben um mit EU-Verbraucherschutzrecht und dem EuGH-Urteil konform zu sein. Wie garantiert die Bundesregierung, dass keine Produkte aus der Westsahara im deutschen Handel fälschlich als „aus Marokko“ gekennzeichnet und zertifiziert werden? Hinsichtlich dieser Fragen setzten wir einige Verbraucherschutzorganisation in Kopie, welche sich ebenfalls für Ihre Antwort interessieren.

Hochachtungsvoll,

Prof. Dr. Dr. habil. Klaus Buchner, MdEP

Fabio De Masi, MdEP